

Ehe Sie sich hier erregen, meine Damen und Herren, will ich wenigstens zu den Zahlen, die hier genannt wurden, etwas sagen und berichtigen.

(Zwischenrufe: Anfrage - zur Geschäftsordnung!)

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Moment. Erstein Vertreter des Ministeriums und hat das Rederecht, und er wollte hier eine Korrektur von Zahlen Vorbringen. Ich bitte Sie, die Korrektur vorzubringen.)

Der Sachstand zu dem, was hier vorgetragen wurde, ist der folgende: Alle von den Banken bis zum 31.3.1990 an die Wirtschaft und im Wohnungswesen ausgereichten Kredite betragen 303 Milliarden Mark, nach der Umwertung 2 :1 also 151,5 Milliarden DM. Sie haben von 100 gesprochen.

(Prof. Steinitz, PDS: Hier wird zwischendurch gesprochen, ich habe Ihre Zahlen nicht richtig verstanden. Können Sie das wiederholen?)

Die Zahl nach der Umwertung beträgt 151,5 Milliarden D-Mark.

Davon entfielen auf die Wirtschaft 108,5 Mrd. DM und auf das Wohnungswesen 43 Mrd. DM. Die 108,5 Mrd. DM gliedern sich auf in 76 Mrd. DM Kredite, die für Grund- und Umlaufmittelfinanzierung eingesetzt worden sind, also ganz normale betriebswirtschaftliche Kredite; ca. 10 Mrd. DM stellen Kredite dar, die in unrentable Betriebe und Vorhaben gesteckt wurden; die restlichen 22,5 Mrd. DM stellen Kreditlasten dar, und diese wurden im Haushaltsgesetz 1990, §6 Abs. 2.1., genau definiert. Ich will diese Definition hier nicht wiederholen, bitte aber darum, daß bei der weiteren Behandlung dieser Problematik von dem hier dargelegten Sachstand ausgegangen wird.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Steinitz (PDS):

Kann ich jetzt dazu etwas sagen? Zunächst freue ich mich, daß jetzt zum ersten Mal sich ein Vertreter des Ministers in der Öffentlichkeit etwas konkreter hierzu äußert; denn uns nützt es verdammt wenig, wenn Sie intern rechnen und die Öffentlichkeit nicht informiert wird über Ihre Überlegungen.

(Beifall bei der PDS)

Das zum ersten.

Zweitens hätte ich eigentlich erwartet von einem leitenden Vertreter des Ministeriums, daß er wenigstens zuhört, was ich sage, und nicht sagt, eine solche globale, pauschale Schuldenstreichung berühre ihn etwas eigenartig, da ich eindeutig gesagt habe: Wir sind nicht für eine globale Streichung der Schulden.

Drittens sehe ich eine Berichtigung der Zahlen. Über die muß man sich verständigen. Ich hatte von etwa 100 Mrd. gesprochen. Sie hatten die Gesamtsumme von 108,5 Mrd. genannt. Ich sehe darin keinen prinzipiellen Unterschied. Daß wir jetzt einfach zur Kenntnis nehmen, was Sie unter Altlasten verstehen, und wir daher keine Meinung dazu haben, das ist - glaube ich - auch ein etwas eigenartiges Verständnis der Aufgabe der Parlamentarier. Man muß sich doch darüber verständigen. Wir haben in unserem Vorschlag gesagt: Es sollte im Wirtschaftsausschuß, in andere Ausschüssen eine inhaltliche Auseinandersetzung zu diesen Fragen, die wir seit längerer Zeit fordern, endlich erfolgen. Und im Ergebnis soll dann festgelegt werden, welche Kredite und Schulden gestrichen werden.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage?

Marusch (DBD/DFD):

Herr Professor, können Sie sich vorstellen, daß in Ihrem Antrag auch die vom Kohlebergbau verursachten und heute stark belastenden Investitionen, die notwendig waren, um die rekurvierten Kippenflächen zu bearbeiten, insbesondere die Landwirtschaft betreffend, und heute sicher einer anderen Nutzung zugeführt werden, berücksichtigt werden?

Prof. Dr. Steinitz (PDS):

Das könnte ich mir sehr gut vorstellen, daß das in Überlegungen einbezogen wird.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

So, danke, Herr Abgeordneter. - Ich bitte nun, zum Tagesordnungspunkt 4, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne und der SPD, Gesetz zur Entschuldung ehemals volkseigener Kombinate, Betriebe und sonstiger Einheiten, Drucksache Nr. 202, den Abgeordneten Nooke, Bündnis 90/Grüne, das Wort zur Begründung zu nehmen.

Nooke für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte für die Begründung und gleich auch in diesem Zusammenhang für die Fraktion Bündnis 90/Grüne reden. Wir melden uns dann nicht noch einmal zur Debatte. Und deshalb am Anfang noch ein paar grundsätzliche Aussagen.

Es geht um das Problem der Altkreditschulden oder der Binnenverschuldung der volkseigenen Betriebe der DDR in unserem Antrag, die vor dem 30.6. 1990, also vor der Währungsunion in Mark der DDR entstanden sind. Alle in den Betrieben, die damit zu tun haben, wissen, was gemeint ist. Diese Altschulden werden oft, genauso wie die ökologische Verseuchung aus 40 Jahren, auch als Altlasten bezeichnet.

Und, meine Damen und Herren Abgeordneten, es ist doch eine Altlast dieses Hohen Hauses, vor allem aber der Regierungspolitik unter Herrn Ministerpräsident de Maizière und seiner Weisungsermächtigten der Bonner Ministerien. Deshalb müssen wir uns hier noch einmal damit beschäftigen, und ich freue mich, daß wir nach zeitraubenden Debatten nun doch, wie die Zeitungen wohl heute geschrieben haben, konstruktiv weitermachen.

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne hat zu diesem Problem der Schulden, die das Volk der DDR, dann der Staat und jetzt die Treuhänder bei sich selber hat, schon öfter gesprochen. Gleich sofort, als sich abzeichnete, wie dieses Problem im ersten Staatsvertrag behandelt werden sollte, habe ich hier auf dieses Kardinalproblem hingewiesen.

Noch einmal zur Geschichte: Es wurde schon in etwa gesagt. Diese hohen Kreditlasten entstanden unter planwirtschaftlichen Bedingungen, da die Betriebe zwangsweise im Durchschnitt zirka 50 % der Umlaufmittelbestände und einen hohen Anteil der Investitionen durch staatliche Kredite finanziert bekamen.

In der öffentlichen und parlamentarischen Debatte nimmt man nun dieses Problem dieser planwirtschaftlich erzwungenen Altverschuldung der ehemals volkseigenen Betriebe wie eine unabwendbare Naturkatastrophe zur Kenntnis und wundert sich darüber, daß wegen der nun eingetretenen Zahlungsunfähigkeit die Wirtschaft der DDR plötzlich in den Abgrund stürzt.

Zur Erklärung: Hier muß richtiggestellt werden: Diese Altverschuldung wurde ganz bewußt durch den ersten Staatsvertrag herbeigeführt. Sie entspricht also scheinbar dem Willen der Regierung de Maizière und der Bundesregierung. So muß man zumindest sagen. Die Mehrheit dieses Hohen Hauses hat diesem ersten Staatsvertrag begeistert Zustimmung erteilt, obwohl eini-